

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
auswärts. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
„Halle-Zeitung“ eingetragen. Für un-
verändert eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenan-
gabe „Halle-Zeitung“ gestattet.
Zurück der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Konto Leipzig Nr. 4609,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gespaltene Kolonietafel
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unseren Annoncenstellen
und allen Anzeigenstellen an-
genommen. Gebühren die Zeile 1 Bl.
Erlaubt der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erkennungs-Zahl, Sonntags 1 mal,
Schriftleitung und Haupt-Verwaltung:
Halle, Gr. Braubaustraße 17,
Heden- u. Geschäftstele: Markt 24
und Gr. Ulrichstraße 52.

Nr. 24.

Halle, Dienstag, den 15. Januar

1918.

Schwere italienische Niederlage.

Vergebliche italienische Angriffe. — Der Stand der Dinge in Berlin und Brest-Litowsk.

Die innere Entspannung.

Geteilte Auffassung in der Berliner Presse. — Die Klärung der Situation durch die Besprechungen zwischen Kaiser, Regierung und Heeresleitung.

TU. Berlin, 15. Jan. Die halbamtlich verbreitete Nachricht von der Entspannung der Differenzen zwischen Heeresleitung und politischer Leitung hat allgemein in den letzten Tagen erhöhte Gemüter beunruhigt. Gleichwohl macht sich in der Presse, soweit diese Nachricht kommentiert wird, abermals eine geteilte Auffassung bemerkbar. Die linksstehende Presse ist befriedigt, daß der alte Kurs beibehalten wird, die rechtsstehende, daß die Anpassungen der Heeresleitung die der politischen Führer übertrumpfen haben.

Die „Deutsche Ztg.“ gewinnt den Eindruck, daß die Krise infolge der Besprechungen Hindenburgs und Ludendorffs mit dem Kronprinzen und dem Reichsanstler eine erfreuliche Klärung erfahren hat.

Der „Berl. Lokal-Anz.“, der übrigens eine baldige Klärung durch den Reichsanstler fordert, wünscht, daß nunmehr von den beteiligten Reflexen an den Abmachungen dieser Tage festgehalten werde, dann werden Kräftegerüche vermindert, die leicht auf das persönliche Gebiet überzögen, während die ihnen zugrunde liegenden Differenzen, wie im vorliegenden Falle, rein sachlicher Natur sind.

Die freikonserervative „Post“ scheint nicht nur die wünschenswerteste Einseitigkeit der Auffassung widergesprochen, sondern auch für die Zukunft Sorge getragen zu sein, daß sich nicht wieder ein ähnlicher unzulässiger Zustand, wie er Deutschlands politische Kreise letzten trübte, herausbilde.

Die „Berl. Neue Nachr.“ sind noch misstrauisch gestimmt, würden es aber für erfreulich halten, wenn man der Feststellung Glauben schenken dürfte, daß „keine sachlichen Differenzen“ vorliegen, die eine Entscheidung im Konkreten verlangen.

Die „Berl. Börsen-Ztg.“ vermißt noch immer volle Klarheit. Der deutsche Reichstag, so schreibt das linksnational-liberale Blatt, sollte einmütige Klatschschüsse werfen, denn wir haben wirklich ein hartes nationales Interesse daran, festzustellen, wie denn eigentlich diese Politik zustande gekommen ist, aus der wir jetzt wieder in irgendeiner Form herauszuweichen müssen.

Das „Berl. Tageblatt“ wendet sich gegen die Alldeutschen. Die Berliner Konferenz, so heißt es in dem kurzen Referate, haben keine Veränderungen, und besonders nicht die von den Alldeutschen und den „Kühnmannsfräzen“ erstrebten Forderungen herbeigeführt.

Der „Vorwärts“ stellt ebenfalls fest, daß der alte Kurs geformt sei. Er wendet sich an den Kaiser und sagt: Wenn der Reichsanstler will, dann kann ihm die Reichstagsmehrheit helfen, zu einem guten Frieden mit Rußland zu kommen. Das geht aber nur dann, wenn beide, Kaiser und Reichstag, dem Ziel eines christlichen demokratischen Friedens mit Entschlossenheit zustimmen und sich von denen, die das Friedenswerk zertrümmern wollen, ihre Kreise nicht stören lassen. Die Lehre der letzten Tage war deutlich genug.

Auf schiefer Bahn.

Seit Tagen mißt sich die 35er Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses mit den Vorlagen zur Reformierung des Verfassungslebens des größten deutschen Bundesstaates ab. Schon die Beratungen im Plenum zeigten vor Wochen die großen Schwierigkeiten, die bis zu einer wirklichen Reform zu überwinden sein würden. Es trat damals bereits festzuhalten, daß die Reform von der Regierung nicht nur Konzeptionen an die Konserverativen erreicht werden müßte und daß man zu einem positiven Ergebnis nicht mit 100 Rechten, sondern nur durch eine Stellungnahme gegen 2 kommt. Die Sprecher der Konserverativen ließen schon bei der Generaldebatte im Plenum deutlich erkennen, daß eine Verminderung ihrer Machtstellung im preussischen Parlament niemals willigen würden. Der Satz, daß eine Verminderung ihrer Macht und eine Vergrößerung der Rechte der breiten Massen letzten Endes eine Stärkung des Staates selbst bedeutet, war ihnen zu hoch, als daß es ihnen möglich gewesen wäre, sich zu ihm zu beugen. Sie konnten im Interesse des Staates nicht die gleiche Entscheidung aufbringen, die vom Liberalismus aus grundsätzlichen Gründen, z. B. bei der Verfassungsreform in Württemberg, ausgedrückt worden ist. Die zwischen der allgemeinen Beratung im Plenum und der übrigen Kommissionsberatung liegende Zeit hat leider nicht bei den Gegnern der Reformvorlagen klärend gewirkt. Der Widerstand der Rechten in der Kommission gegen die Vorlagen ist vielmehr noch energischer und zäher geworden. Die dortigen Beratungen werden vielmehr in einer Weise geführt, daß man getrost aussprechen kann: Das entspricht nicht dem Geiste und noch weniger der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Reform! Man unterhält sich im Kreise der 35 über Dinge, die eines Diskussionsabends würdig wären, nicht einer Körperchaft, von der man erpriehtliche und baldige Arbeit positiver Art ermarct. Die von der Rechten eingeschlagene Art und Weise zeigt, wo die Reise praktisch hingehen soll. Ein offenes, für die Massen allzu brutal wirkendes „Nein“ mag man nicht. Dafür wird ein Verfahren eingeschlagen, das nicht anders als Beschleppung stattlich bezeichnet werden kann. Ein freikonserverativer Redner hat es in den Beratungen der letzten Tage deutlich ausgesprochen: Die Sache hat gar keine Eile! Das ist denn auch das Motiv, von dem man sich auf der Rechten bis weit in die Mitte der Parteien hinein leiten läßt. Zeit gewonnen — alles gewonnen! Auf diesen Ton sind alle Ausführungen gestimmt, die von den Rednern der Rechten bisher gemacht wurden. Ein anderer Sprecher der Rechten charakterisierte die Anschauungen seiner Freunde darin, daß für die künftige Politik, die das Rezipieren der Reform brachte, Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend gewesen seien, die aber nicht für das Abgeordnetenhaus in Frage kämen! Was hat man bisher nicht schon alles in die Debatte gegossen! Sogar die verfassungsmäßigen Zustände der alten Griechen mußten eine Rolle spielen bei einer Frage, die den Rechten eines Volkes gilt, das sich gegen eine Welt von Feinden im 20. Jahrhundert wehrt. Und wenn man an die Dinge denken, die ein weniger ehrwürdiges Alter haben und die in der Debatte gleichfalls eine Rolle spielten: Was hat das Gemeinwohlrecht mit dem Rechte eines Bürgers für seine oberste staatliche Vertretung zu tun? Gewiß, das kommunale Wahlrecht ist reformbedürftig und die Durchführung dieser Reform ist gleichfalls eine der nächsten Aufgaben der Zukunft. Hier dient die Freizeugung der Frage aber lediglich dem Zweck, die Reform des Dreiklassenwahlrechtes nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen. Dazu kam schließlich noch die politische und geistliche Frage, der Streit um die Frage der Trennung von Kirche und Schule, es kamen hinzu die Sorgen des Mittelstandes und Arbeiterfragen — alles mit der formellen Begründung, die Debatte reifig unabhängig zu gestalten. Der praktische Zweck kann jedoch immer nur die Verzögerung der Erzielung eines bestimmten Resultates sein. Nichts anderes! Der künftige Gedanke der Gegner der Reform ist jetzt der, daß die Reform des Abgeordnetenhauses vor der des Abgeordnetenhauses erledigt werden soll. Das würde praktisch bedeuten: Das Volk, das auf den Kriegshauptplätzen von ganz Europa gekütert hat, das in diesem gewaltigen Ringen bedeutend geistig und politisch gewachsen ist, soll sich mit der Gewährung von ihm zulebenden Rechten begnügen, bis die Macht der Reaktion auf andere Weise ge-

Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 15. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Alonzo und Monte Pertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagsüber in den Angriffsabschnitten anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

21 000 Tonnen versenkt!

Berlin, 14. Jan. (Ämtlich.) Einem unserer Unterseeboote hat unter schneidiger Führung des Oberleutnants zur See Lohs leghin im Bormerkal

5 Dampfer und 3 Fischereifahrzeuge

mit rund 21 000 B. Reg.-Z.

versenkt, eine Leistung, die um so anerkennenswerter ist, als die Erfolge von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist.

Alle Dampfer, mit Ausnahme eines, waren bewaffnet und tief beladen; es konnten namentlich festgestellt werden der englische benannte Dampfer „Zoltan“ (3081 Z.), sowie der benannte englische Landdampfer „Mica“ (4830 Z.), der in geschützter Begleitung aus einem hier gesicherten Landdampfergeleitzug herausgeschossen wurde.

Die versenkten Fischerdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen „Gatizade“ (B. M. 25), „Marina“ (B. M. 45) und B. M. 201.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Fortdauer der Friedensverhandlungen.

T. U. Berlin, 15. Januar. Wie das „B. L.“ erzählt, sind die Verhandlungen in Brest-Litowsk gestern nachmittag wieder aufgenommen worden. Auch heute vormittag werde eine Sitzung der Delegierten stattfinden.

Die beendeten Konferenzen.

Berlin, 15. Januar.

Unter dieser Überschrift schreibt der „B. L.“: Die Berliner Konferenzen zwischen dem Reichskanzler und der Deutschen Heeresleitung über die Kriegsergebnisse können als erledigt betrachtet werden. Es ist ein sachlicher Ausgleich gefunden worden, bei dem die Oberste Heeresleitung, wie sie beabsichtigt hatte, lediglich die militärischen Interessen vertrat. Der Ausgleich schließt für die Verhandlungen im Osten klare Grundlagen und nach dem Westen freie Bahn, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches finden.

Feindlicher Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Karlsruhe, 15. Januar. Ämtlich wird mitgeteilt: Bei einem gestern mittag erfolgten Fliegerangriff auf Karlsruhe wurden einige Bomben geworfen. Eine Person wurde ganz leicht verletzt, militärischer Schaden entstand nicht, auch der sonstige Sachschaden ist gering.

Erzwungener Eintritt der Arbeiter ins russische Heer.

Petersburg, 15. Januar. (Fein-Zel.) „Agence Havas“ meldet nun hier, daß die russische Regierung mit Hilfe der roten Garde 15 Prozent aller Arbeiter in den Fabriken in das Heer einreißt und mit Maschinengewehren auszurüsten. Der Sowjet beruft eine Versammlung zur Bildung einer sozialistischen Armee ein.

Trocki Lenins Nachfolger?

Berlin, 15. Januar.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Stockholm gemeldet wird, geht in Petersburg das Gerücht, daß Trotzki zurücktreten und den Posten im Bolschewikpartei in Lwow abzugeben wird.

nghen veranlaßt ist. Es soll an Rechten zunächst nicht ge-
währt werden, es soll vielmehr durch Stärkung der Macht
des Herrenhauses dem Liberalismus etwas genommen
werden. Die Schädlichkeit dieses Gedankens
kann gerade nicht denen, die aus nationalen Gründen für
möglichste Einholung des Burgfriedens eintreten, nicht
genügend betont werden. Schon das ägyptische Ver-
halten aller Parteien — mit Ausnahme der Linken —, die
ihre entgeltliche Stellung zur Wahlreform von der Gestalt-
ung der Vorlagen abhängig machen, erschwert die positive
Arbeit ausserordentlich. Wenn die Regierung das erreichen
will, was sie durch den Mund des stellvertretenden Mini-
sterpräsidenten Dr. Friedberg ankündigt, daß die neuen Wahlen
von der Front heimgekehrten Staatsbürger nach einem
neuen Wahlrecht erfolgen sollen, wird sie sich untrüglich als
süder gegen alle Vorkämpfer wenden müssen, die nichts als
heroische Verleumdungstaten darstellen. Es ist zweifel-
los, daß die Regierung ausrunder, die sie in dieser
legitimierten der Massen durch eine Verschleppung der
Form geschwächt würde. Nicht minder richtig ist das Wort
Ministers Dr. Dreuss, das das Vertrauen der drei
Stimmen zum Staat in Frage gestellt werden würde, wenn
Reformvorlagen zu keiner positiven Verabschiedung
kommen. Die Konsequenz aus diesen Gedanken muß jedoch
in der Richtung gezogen werden, daß zunächst die Vor-
läge über die Reform des Abgeordnetenhauses bearbeitet und
dabei wird. Die Reform aus den Gedanken der Regierung
ist auch nach der Richtung gezogen worden, daß niemals
Erschaffung eines Mandatsgesetzes, das alle drei Vorlagen
einander auf Gehalt und Verordnungsrecht, gut gehen
lassen kann. Gibt die Regierung hier die reformier-
baren Wünsche nach, mag die Regierung hat, dann be-
freit sie damit die schiefste Ebene, auf der
man über gegen den eigenen Willen sich immer weiter von
der Wege entfernt, der zu einer betriebsfähigen Reform im
Sinn der Vorlage führt. Der Weg zum Ziel ist vor-
zeichnet. Kein Abweichen von den Kern-
punkten! Das gilt um so mehr in einem Augenblicke,
wobei reaktionärer Gegner es immer noch nicht genügt
habe, bestimmte und klar umrissene Gegenargumente gegen
haushaltliche Maßregeln in der Kommission einbringen, die
man sich offenbar bis zum letzten Augenblicke der Einzel-
beratung aufsparen will. In dieser Sache der reformier-
baren Parteien zum Besten der Gegenseite liegt die
besten Unterstützung für die Regierung zum Ausarbeiten
eine träftigen, entscheidenden Haltung. O. H.

Hertlings bevorstehende Antwort.

Der Inhalt der Kantslerrede, der man allseitig mit
großer Spannung entgegensteht, wird, wie die „Nat.-Ztg.“
hört, eine Antwort auf die Rede von Lord George
und Wilson darbieten. Was die Erklärungen Lord
Georges anbetreffend, so seien diese in ihrer Tonart wohl ent-
gegenkommender gehalten gewesen, allein daraus könne man
keineswegs auf eine größere Engländerkenntnis Englands
schließen, sondern der englische Premierminister habe seiner
Rede besitz eine mildere Charakter gegeben, um die
Entscheidung darüber zu bewirken, daß die Minister der
russischen Kaiserlichen, die von West-Litowits ausgegangen
war, nicht Folge leisteten. Was den Inhalt der Rede
Erklärungen Lord Georges anbetreffend, so sei es beinahe
überflüssig, zu bemerken, daß diese für eine ernsthafte
Annäherung keine Grundlage böten.

Der neue Ton in West-Litowits.

Westen, 15. Januar. Alle Blätter äußern sich zu den
persönlichen Beziehungen der Verhandlungen der Fried-
ensdelegationen in West-Litowits.
Der „P.M.“ meint, es habe sich von vornherein vermuten
lassen, daß Herr Trotski einen anderen Ton anschlagen würde
als diejenigen, die vor ihm in West-Litowits die russische
Seite zu führen hatten. Die von dem Vertreter der deutschen
Gesandtschaft herbeigeführte Sprache habe den Vortrag
der Klarheit. Wenn Herr Trotski nach West-Litowits ge-
kommen sei, um es mit uns zu verbessern, so dürfte darüber
das russische Volk anderer Meinung sein.
Die „Germans“ heißt, daß die Russen einsehen werden,
daß sie mit ihren Anträgen vollständig auf dem Holz-
wege sind.
Die „Berliner Morgenpost“ meint, wir unsererseits
könnten die Weiterentwicklung der Dinge in Ruhe abwarten.
Ob es die Russen auch könnten, darüber müßten sie sich selbst
klar werden. Nach dem, was wir über die Zustände in ihrem
Land und an ihrer Front wissen, scheint es uns, als ob es
uns nicht können.
Die „Voll“ schreibt: Die deutschen beratendsten
Stellen dürfen nicht daran, die deutschen Truppen jetzt Hals
über Kopf an die alte deutsche Grenze zurückzuführen, nur
damit die jetzt schon in England eingetretene Anarchie dort
alle Verhältnisse trübe und dann irgendwelche unkontrollier-
bare Volksabstimmung wieder die Zustände erschwere.

Liquidierung französischer Industriebetriebe im Ober-Elsass.

Der vom Hauptauschuß des Reichstages eingesetzte Unter-
auschuß stimmte am Montag im allgemeinen den Richtlinien
und Gesichtspunkten zu, die die verbündeten Regierungen
über die beschlagnahmte Liquidation von 10 im Besitz französi-
scher Industriebetriebe und Kapitalisten befindlichen Zertifi-
katen in Elsass-Lotharingen aufgestellt haben. Von allen
Seiten gab man zu, daß diese Liquidation zur Wahrung
nationaler Interessen, aber auch im Hinblick auf die Liqui-
dation des deutschen Eigentums in Frankreich und Eng-
land richtig erscheint. Es sollen bei der Übernahme der
in Frage kommenden Fabrikbetriebe die elssassische Industrie
entsprechend beteiligt und die Betriebe wie bisher ohne Ge-
fährdung ihrer Spezialproduktion weiter geführt werden.
Die Abgeordneten Emmel (Sag.) und Schiffer (Zit.)
traten dafür ein, daß die Interessen der Arbeiter und die
Durchführung der Sozialversicherung und der Arbeiterfrucht-
gesetz in Zukunft besser gesichert werden sollen, als bei unter
der bisherigen Besitzern der Fall war. In der Debatte be-
trachteten sie wiederholt der Staatssekretär des Reichswirt-
schaftsamtens Freiherr von Stein und Ministerialrat Wittnes
von der elssassischen Landesregierung.
Dann beschloß sich der Untersuchungsausschuß mit der Preis-
setzung der für das Heer gelieferten Motoren und Automotoren

Verschleppungsmanöver im Wahlrechts-Ausfluß.

Die Gründe für und gegen eine Vorwegnahme der Beratung der Herrenhaus- Vorlage. — Die Haltung der Regierung.

Im weiteren Verlaufe der Besprechungen des Wahl-
rechts-Ausflusses erinnerte ein Konservativer an das
Wort Treitschke, daß es ein Zeichen des Bankrotts einer
Regierung sei, wenn sie die Hände zu gewinnen und die
Gründe vor dem Kopf zu heben. Daran schließt der
Redner die Bemerkung, man könne abwarten, ob diese
Bankrotterklärung schon jetzt ausgesprochen
werden solle. Die Regierung solle nicht den Bogen über-
spannen, nicht immer nur auf die Linke sehen und die Rechte
tollig außer acht lassen. Im Landtage überwiege nicht der
Großgrundbesitz. Eine Demokratisierung Preußens würde
die Demokratisierung der übrigen Bundesstaaten zur Folge
haben. Die Ausführungen des polnischen Redners am
Sonabend grenzten an Hörsperat. Der Reichstag sei
ein Klassenparlament; die großen Hausadligen
sind dort nicht durch Angehörige des Seeburgs vertreten,
sondern durch Arbeiter, Handwerker und Industriellen haben
Reichstag keine genügende Vertretung. Der Proporz ist
schon zu sehen. Durch die Wahlrechtsvorlage schaffe man
keine Berufung, die Sozialdemokratie werde immer
neitere Forderungen stellen. Die Herrenhausvorlage sei
zuerst zu beraten und das ständische Wahlrecht zu prüfen.
Ein Volksparteier bestimmt den Gedanken eines
Verfassungsvertrages und polemisiert gegen den polnischen Red-
ner, dessen Ausführungen zum Sonnabend ihn empört hätten.
Diesem Redner sei es nicht darauf angekommen, die Rechte
der Polen zu sichern, sondern
zwischen beiden Nationen Saß und Unzufriedenheit
zu lösen. Dadurch werde der Kampf um gleiches Recht für die
Polen nur erschwert. Soll man etwa die drei Millionen
Deutschen in der Dittmar preisgeben? Wie könne man,
ohne daß Deutschland zu Boden geschlagen ist, verlangen,
daß der Schatz der Minderheiten international erfolge? Die
Volkspartei halte fest an dem gleichen Recht auch den Polen
gegenüber und hoffe, daß ein Weg zum friedlichen Leben
einandersehen gefunden wird. Ungegründet ist es, wie die
Konservativen behaupten können, die Kriegsteilnehmer
seien politisch nicht reifer geworden. Die Parlamentarismus
entwickele sich ganz aus den Verhältnissen in einem
konstitutionellen Staat. Das Verbot der konstitutionellen
Volkssache ist auch keineswegs an ein undemokratisches
Wahlrecht gebunden. Die nordischen Staaten und die
Schweiz beweisen, daß in demokratischen Ländern Religion
und Konfession nicht vernachlässigt werden. Das gleiche
Wahlrecht wird kommen, auch wenn seine Gegner es ver-
hindern wollen. Ihr Widerstand liegt nicht im Staats-
interesse. Wenn die Herrenhausvorlage zuerst beraten und
alles durch ein Mandatsgesetz verbunden würde, so würde
ein Sturm durch das Land gehen,
aus dem sich noch weitere Gefahren ergeben könnten. Das
Mittelschicht würde sich dann auch gegen die Rechte
zu richten, die auch an sich in den inneren Gang der Ge-
schichte nicht einzugreifen hat, aber angesichts der ganzen Ver-
hältnisse sich doch für eine schleunigere Erledigung der Reform
ins Zug lenken müßte.
Ein konservativer Redner führte aus, nach der
Meinung seiner Freunde
gehe es ums Ganze!
Mit dem Gemeinwohlrecht würde ein demokratisches
Abgeordnetenhaus aus kurzen Furchen machen, und dann
würde es heißen: Finis Borussiae! Die Regierung werde
keinen Widerstand leisten, sie ließe sich viel zu wandeln.
Nach 1908 erklärt die Regierung die Übertragung des
Reichstagswahlrechts auf Preußen für unannehmbar. Das
Handwerk verlange nicht nach dem gleichen Wahlrecht. Die
Regierung wolle dem Mittelstand seine Rechte entziehen. Die
Einführung des gleichen Wahlrechts entspreche nicht der
Überzeugung der Regierung, sondern geschehe unter dem

Druck der Massen; diesem nachgeben, heiße Preußen zu
Grunde richten. Die Konservativen würden sich daran nicht
beteiligen. Ähnlich habe die demokratische Presse die
Regierung in das Volk hineingetragen. Wie stelle sich die
Regierung die Verhältnisse in der Dittmar vor? (Zuruf:
Gar nicht! Heiterkeit.) Die Polen verhielten sich während
des Krieges unjaugbar zuzurück.
Auf verschiedene Fragen des Korrespondenten antwortete
Minister des Innern Dr. Dreuss, daß die Regierung die
Einführung ländlicher Wahlkreise zwar erwogen, aber mit
Rückhalt auf die Belastung der Gemeinden abgesehen habe.
Es lasse sich darüber reden, ob vorbestimmten Personen das
Wahlrecht entzogen werden soll und ob Abgeordnete wegen
großer Verschwendung gegen die Zahlung des Saltes auf längere
Zeit von den Sitzungen ausgeschlossen werden können. Die
Regierung sei überzeugt, daß der Drang nach dem gleichen
Wahlrecht in unserem Volk so stark ist, daß keine Verjagung
unser innerstes Staatsleben schwer gefährden
müsse. Die Regierung sei in Bezug auf diesen Drang eben
ganz anderer Ansicht als die Konservativen. In der Dis-
kussion sollte die Regierung alles zum Schutze des
Deutschtums tun, aber die Repressivmaßnahmen gegenüber
den Polen erheblich einschränken. Die geübte und vernünftige
Politik der positiven Förderung des Deutschtums
werde auch im zukünftigen Abgeordnetenhaus eine Mehr-
heit finden.
Ein nationalliberaler Redner wiederholte, daß
man
erst Klarheit über das Herrenhaus
lassen müsse, bevor man sich für das gleiche Wahlrecht er-
kläre. Es müßte der Numerus Clausus eingeschärft werden,
denn sonst könnte durch Verleumdung auch noch ein radikales
Herrenhaus geschaffen werden. Die Vorwegnahme der
Herrenhausvorlage verschleppte die Verhandlungen nicht; auch
wenn die Abgeordnetenhausvorlage vorweggenommen würde,
so würde doch die Entscheidung nicht so weit fallen.
Ein Zentrumsmann erwiderte die drei Entwürfe
als einseitiges Gerede, was durch ein Mandatsgesetz aber
durch eine Bestimmung zum Ausdruck kommen müßte, was
nach alle drei Entwürfe nur gleichzeitig in Kraft treten können.
Das Zentrum gehe an sich den leichteren Weg vor, Stimme
aber auch für den Antrag auf Erschaffung eines Mandats-
gesetzes. Welche Vorlage zuerst beraten werde, sei an sich
gleichgültig, aber wenn man die Herrenhausvorlage
vorwegnähme, so würde die
Agitation im Lande neue Nahrung
erhalten. Deshalb ist das Zentrum gegen die Vorweg-
nahme, obwohl auch ein Zeit seiner Mitglieder kein
Stellung von der Gestaltung des Herrenhauses abhängig
mache. In der Zentrumspartei bestünde die Meinung, daß das
gleiche Wahlrecht die konstitutionelle Volkssache gefährde.
Ein nationalliberaler Abgeordneter führte aus, seine
Freunde wollten, daß durch positive Maßnahmen das Deutschtum
gefordert wird und daß Repressivmaßnahmen gegen die
Polen nur insoweit ergriffen werden, wie es unbedingt nötig
ist. Die Deutschen in der Dittmar haben durch die bisherige
Volkspolitik zweifellos ihren Standard erhalten, wenn es
auch nicht gelungen ist, das Deutschtum so zu kräftigen, daß
es zur Mehrheit wurde, aber sein Rückgang ist doch vermindert
worden. Kampf zwischen den Nationalitäten wird es immer
geben. Sache der Regierung wird es sein, dafür zu sorgen,
daß er nicht die Form von Verleumdungen annimmt und daß
diejenige Nation gefördert wird, an deren Stärke die Regie-
rung ein besonderes Interesse hat.
Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:
Ich habe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß man das
Deutschtum nicht bestimme, aber das Deutschtum fördern soll.
— Weiterberatung: Donnerstag 2 Uhr.

Die. Uebereinstimmend wiesen sozialdemokratische, konser-
vative und Zentrumspartei die Resolutionen an, die in
den betreffenden Anträgen hin und forderten entsprechende
Preisgestaltung. Der Vertreter des Kriegsamtes, Major
Gehardt, erklärte, daß eine besondere Organisation ge-
plant sei, um der Landwirtschaft die nötigen Motoren und
Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Nähere Mitteilun-
gen hierüber sind dem Unter-ausschuß zugelaufen.
Am Donnerstag, den 17. d. Mts. wird der Unterausschuß
sich mit den Lieferungen der Kriegsgesell-
schaften in das Ausland beschäftigen.

Clemenceau — Urheber der Absetzung Haigs.

Genf, 14. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus London,
daß außer den bereits erfolgten Veränderungen im britischen
Generalstab in Glasgow weit wichtigeren Personen
entschieden worden. In Paris finden die Gerüchte
über den vorausgesetzlichen Rücktritt Haigs den Glauben der
Militärkreise. Clemenceau, auf dessen Betreiben haupt-
sächlich die Absetzung Haigs zurückzuführen ist, soll sich geäußert
haben, daß nimmere der Verzichtigung der Ernennung
eines Generalstabschefes aller Entscherte nichts mehr im Wege
stünde.

Die Verhaftung Caillaux.

Paris, 14. Januar. (Havas.) Caillaux ist heute
morgen verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für
Frauen übergeführt worden.
Die Agence Havas weiter berichtet, erscheinen alle
Abendblätter mit großen Überschriften und melden die Ver-
haftung des Reichstagsbesitzes. Die Blätter sprechen von der
Aufhebung eines Haftbefehls, das Caillaux in Florenz
unter dem Namen Renard in dem Finanzinstitut der
Banca Italiana di Trento habe. Nach dem „Intantsgang“
hätte man in diesem Schleißhagen Wertpapiere in beträcht-
licher Höhe und Kartiere gefunden, deren Bedeutung un-
bestreitbar sei. Das Blatt fügt hinzu, es sei ein Schriftstück in
die Hände der Militärgerichtsbarkeit gelangt, dessen Be-
deutung und Wichtigkeit nicht getarnt, Caillaux länger auf
seinem Fuß zu belassen.

Buchanan über die Friedensvorgänge in Rußland.

Stockholm, 12. Januar. Der englische Botschafter in
Petersburg, Buchanan, erklärte gestern einem Vertreter
von „Stockholms Tidningen“, nach seiner Ansicht sei es den
Vollkommen gelungen, sich eine solche Stellung zu schaffen,
daß niemand sie gegenwärtig vertreiben könne. Vor allem
der Frieden und die allgemeine Kriegsmüdigkeit
seien ihr Triumph und sie wünschten am Ruder zu bleiben,
bis sie alle ihre Verprechungen erfüllt hätten. Trotzdem
könne die Entente nie nicht als Vertreter Rußlands an-
zuerkennen, da sie zwar die Macht hätten, aber ihre Anhänger-
schaft hat auf den Norden beschränkt. Ueber die Aus-
sichten der Friedensunterhandlungen in
West-Litowits lasse sich nichts Sicheres sagen, doch arbeite
Trotski mit aller Kraft an der Erreichung des Sonder-
friedens. Im großen und ganzen müsse man sagen, daß
Rußland seine Rolle als aktiver Teilnehmer am Weltkriege
ausgespielt habe.

Steigende Schiffsorgen Englands.

Berlin, 14. Jan. (Nichtamtlich.) Sir Eric Geddes,
der erste Lord der englischen Admiralität, gab bei der ersten
Beratung, welche gewisser Vertreter der Regierung und
den Vertretern der Gewerbevereine zur Beratung der Frage
des Seereschlages stattfand, nach dem „Daily Telegraph“
vom 4. Januar 1915 die Erklärung ab, daß in den letzten
sechs Monaten sich die Lage durch die Vorgänge in Rußland
so illig geändert habe. Letzten Endes würde der Aus-
fall durch die amerikanischen Armeen wieder mehr als aus-
geglichen werden. Die Schiffsflotte, mit der diese Armeen
der Front zugeführt werden könnten, hänge aber so gut wie
ganz von der Frachtraumfrage ab. Infolgedessen
würden in der nächsten Zeit die Hilfsquellen des Landes
(Englands) erheblich in Anspruch genommen werden müssen.
(Zur Erlangung des Gegenges ist notwendig:
Steigerung des Schiffsbaues,
Ersparnis von Frachtraum,
Aufrechterhaltung des Armees im Redd.